

Bis ans Ende der Welt wird Jesus den Todeskampf leiden; man darf nicht schlafen während dieser Zeit.

Pascal

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Hirtenwort der deutschen Bischöfe zur Frage der katholischen Lehrerbildung

In einem gemeinsamen Hirtenwort haben die deutschen Bischöfe zur jüngsten Entwicklung der konfessionellen Lehrerbildung in den westdeutschen Bundesländern Stellung genommen. Sie weisen darauf hin, daß im gegenwärtigen Kampf um die Bekenntnisschule jetzt auch versucht wird, auf dem Wege der Lehrerbildung der katholischen Jugend die einheitliche Erziehung vorzuenthalten. Um diese vor den Gefahren einer solchen Entwicklung zu bewahren, erklären sie nachdrücklich:

1. „Die katholische Schule kann auf die Dauer nur bestehen durch den katholischen Lehrer.“
2. „Der katholische Lehrer aber ist seinem Wesen nach der Miterzieher des katholischen Elternhauses.“ Er kann diese Erzieheraufgabe nur erfüllen, wenn er als verantwortlicher katholischer Christ tief von der Wahrheit des katholischen Glaubens durchdrungen ist und gelernt hat, „die verschiedenen Wissensbereiche im Lichte des Glaubens und im Zusammenhang mit der religiösen Wahrheit zu sehen“.
3. „Der naturgegebene Weg hierzu ist zweifellos eine Vorbildung des katholischen Erziehers in gediegenen, gut geleiteten konfessionellen, katholischen Lehrerbildungsanstalten.“
4. Die Bischöfe „fordern daher nachdrücklichst für die Ausbildung der Lehrer und Lehrerinnen, die katholische Kinder unterrichten sollen, katholische Pädagogische Hochschulen, Akademien oder Institute“ und lehnen die sogenannten simultanen pädagogischen Ausbildungsstätten ab. Sie weisen darauf hin, daß das gelegentlich geäußerte Bedenken, die konfessionelle Ausbildung führe den künftigen Erzieher in ein weltanschauliches Ghetto, zu Unrecht bestehe. „Wohl aber besteht umgekehrt bei der simultanen Form der Vorbildung notwendig die Gefahr, daß das Religiöse in das Ghetto eines einzelnen Schulfaches eingewiesen wird, anstatt tragender Grund und alles durchdringendes Element der gesamten Bildung und Erziehung zu sein.“
5. Die Bischöfe fordern daher für die katholischen Kinder die katholische Schule, „für unsere Schule den katholischen Lehrer, für unsere Lehrer eigene katholische Bildungsstätten“.
6. Sie erklären ausdrücklich, „daß der Staat kein Recht

hat, der Kirche und unserem Volk die Erfüllung dieser Forderung zu verweigern. Für das Gewissen des katholischen Volkes sind die katholische Schule und die katholische Lehrerbildung klare und unabdingbare Forderungen.“ Die Bischöfe wissen sich hierbei in Übereinstimmung mit dem Willen des Heiligen Vaters, der unlängst in einem Schreiben an die deutschen Bischöfe erklärt hat, daß die bekenntnismäßige Ausbildung der Lehrkräfte unter Umständen so viel wiege wie die katholische Schule selbst.

Schließlich weisen die Bischöfe darauf hin, daß es für die glückliche Entwicklung des deutschen Volkes kein besseres Unterpfand gebe als eine wahrhaft christliche Erziehung.

Die Die Tatsache, daß zahlreiche Persönlichkeiten der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens kaum noch Zeit finden, ein Privatleben zu führen, ist hinreichend bekannt. Abgesehen von der seelischen Verarmung, die sich damit für sie und ihre Familien einstellt, zieht eine solche Lebensweise gesundheitliche Schäden nach sich, die seit einiger Zeit im ärztlichen Sprachgebrauch mit „Managerkrankheit“ bezeichnet werden. In der Zeitschrift „Medizinischer Monatspiegel“ (März 1953, S. 1—5) befassen sich H. Schroeder und P. Hiron mit den Ursachen und der Verhütung dieser Krankheit.

Schroeder weist zunächst darauf hin, daß das durchschnittliche Lebensalter bei allen westlichen Völkern zunimmt, während die Lebenserwartung des Unternehmers zurückgeht. Eine Untersuchung von 600 leitenden Angestellten eines westdeutschen Industrieunternehmens hat kürzlich ergeben, daß 30% dieser Männer stark „heruntergewirtschaftet“ waren. Das Problem besteht jedoch nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern. Die beunruhigende Sterblichkeit der wirtschaftlichen und geistigen Spitzenkräfte hängt offensichtlich mit ihrer Lebensweise bzw. mit dem Wirtschaftsablauf zusammen, wenn man bedenkt, daß vor 80 Jahren das durchschnittliche Lebensalter 40 Jahre betrug, der Unternehmer hingegen 68 Jahre alt wurde.

Die Ursachen dieser Managerkrankheiten sieht Schroeder in der Übereilung und in den zu vielen Sorgen. Das Tempo ist Selbstzweck, fast Laster geworden. Dazu kommt die Sucht vieler Menschen in leitenden Stellungen, alles allein zu tun, weil sie nicht mehr die Fähigkeit haben, Verantwortung abzugeben. Fehlende körperliche Entspannung in

der Freizeit, Mangel an Bewegung und übertriebener Genuß von Nikotin und Alkohol sind die unmittelbaren Folgen dieses ruhelosen Lebens.

Die tieferen Ursachen liegen freilich im Wesen des modernen Managers selbst. Hiron weist in diesem Zusammenhang auf den besonderen Weg des Managers in seine eigentümliche soziale Stellung hin. Im Gegensatz zum Direktor alten Stiles ist dieser Weg nicht durch Besitz, sondern durch Begabung, durch Fähigkeit zum Organisieren, zum schnellen, präzisen „Schalten des Denkens“ und durch vitale Kraft bestimmt. Dazu tritt das Streben des Managers nach „sozialem Aufstieg“. So wird er eines Tages Angehöriger der „Herrschaftsschicht der Direktoren“. In dieser Position hat er die Befugnisse und Verantwortungen, wie sie früher der „Herr“ durch seinen Besitz und seine (familiäre) Tradition innehatte. Aber er ist nicht „Eigentümer“. Er ist zwar nach dem Ausmaß seiner Stellung ein Besitzer, aber ein Besitzer ohne Besitz. Dieser Widerspruch in sich bringt ihn in Konfliktsituationen. Der „Herr“ ist kraft seines Besitzes in seiner Lebensposition nicht ohne weiteres austauschbar; wohl aber ist das der Manager. Seine Lebensposition ist „ohne Ruhe“, und daraus ergibt sich seine Lebensführung, die ihm keine Möglichkeit mehr zum „Ruhigsein“ läßt. Wenden sich nun ein „überarbeiteter“ Besitzer und ein „überarbeiteter“ Manager an den Arzt und befolgen sie dessen Anweisung, sich eine Zeitlang aus der anstrengenden Berufsarbeit zurückzuziehen, so bleibt der Besitzer „Herr“, der Manager aber wird Pensionär. Und gerade das will und muß der Manager seiner eigenen Mentalität zufolge meiden.

Die gesundheitlichen Schäden, die die Folge dieser ruhelosen Lebensweise sind, zeigen sich nach Schroeder vor allem in Herz- und Kreislaufstörungen. Es sind die typischen Abnutzungskrankheiten, die nach den großen Statistiken die weitaus meisten Todesopfer fordern, und zwar mehr als Tuberkulose und Krebs zusammen. Abhilfe sieht Schroeder in einem harmonischen Wechsel von Berufsarbeit und entspannender körperlicher Tätigkeit, in Urlaub, Regelung der Diät und vernünftigem und maßvollem Gebrauch von Genußmitteln. Die eigentliche Aufgabe aber muß für den Arzt im Abbau eines falschen Arbeitsethos oder Arbeitspathos bestehen, denn die Überarbeitung ist heute nicht mehr Ursache, sondern Symptom. „Man bricht nicht zusammen, weil man überarbeitet ist, sondern ist überarbeitet, weil man am Rande eines Nervenzusammenbruches steht.“ Das Gefährliche ist gerade das Weitermachen trotz Erschöpfung und Ruhebedürftigkeit. Und Hiron fügt hinzu: Gelingt es dem Arzt nicht, den Manager „umzuerziehen“, dann bleibt er Manager. Er stirbt dann „jung“. Denn der wirkliche Manager ist, solange er lebt, ein junger Mensch, bis in sein 50. oder 55. Jahr hinein. Er kennt nicht die möglichen deprimierenden Folgen des „Altwerdens“. Und wenn er für seine Umgebung „viel zu früh“ stirbt, dann vergißt diese, daß sein vorzeitiger Tod mit zur Erfüllung seines Wunsches gehörte, ein ganzer Manager zu sein.

Kirche
des Schweigens

In den letzten Monaten haben sich in mehreren west- und südeuropäischen Ländern Katholiken zusammengefunden, um ihren bedrängten Brüdern und Schwestern hinter dem Eisernen Vorhang durch ihr Gebet zu helfen. Diese Gebetsaktionen, die unter dem Namen „Kirche des Schweigens“ bekannt-

geworden sind, haben auch einen Widerhall in Deutschland gefunden. Wir berichten über den besonders eindrucksvollen Verlauf dieser Aktion in der Diözese Limburg.

Eine Aktion des Gebetes und Opfers für die verfolgten Christen hinter dem Eisernen Vorhang wurde mit großer Intensität im Monat März in der Diözese Limburg durchgeführt. Unter dem Leitgedanken „Kirche des Schweigens — Kirche des Leidens“ wurde den Gläubigen in mehr als 40 Kundgebungen und über 50 Bittgottesdiensten mit Ansprachen die Situation der bedrängten Ostchristenheit und die Kraft, die von Gebet und Opfer für die verfolgten Brüder und Schwestern ausgeht, eingehend dargelegt. Die Gebets-Aktion war Ausdruck der Solidarität mit den leidenden Gliedern der Kirche, die Kundgebungen aber feierlicher Protest gegen den Glaubens- und Gewissensterror in den vom bolschewistischen Regime beherrschten Ländern.

Die während dieser Aktion unter starker Anteilnahme an verschiedenen Orten gefeierten Gottesdienste nach ukrainisch-byzantinischem Ritus brachten den Gläubigen Liturgie und Brauchtum der Ostkirche nahe und charakterisierten die Universalität der Kirche ebenso wie die Zelebranten und Redner bei diesem Gebets- und Kundgebungsfeldzug. Der Generalvikar der Ukrainer in Deutschland, P. Holynskyj, sprach für die großenteils in der Verfolgung stehende orientalische Kirche, Bischof Gratian Grimm von Tienshui für das bedrängte Christentum in Rotchina; die Völker des Donaumaumes vertraten der Apostolische Visitator der Ungarn, Dr. J. Zágon, der ungarische General v. Justhy und der slowakische Kultusminister Matus Cernak. Für die deutschsprachigen Gebiete hinter dem Eisernen Vorhang sprachen Kenner der dortigen Verhältnisse, wie der Prämonstratenserabt Petrus Möhler, Diözesanflüchtlingsseelsorger Dr. Reiß und der Leiter der Ackermandgemeinde in Hessen, Richard Hackenberg. Auch der Diözesanbischof Dr. Wilhelm Kempf selbst griff aktiv in die Aktion ein wie auch sein Weihbischof Walther Kampe, der Internierung und harte Zwangsarbeit in russischen Bergwerken längere Zeit erduldet hat.

Höhepunkt und Abschluß der Aktion, die Tausende von Gläubigen aus der Gleichgültigkeit gegenüber dem Geschehen im Osten riß, bildeten die beiden Abschlußkundgebungen am Palmsonntag in Frankfurt am Main. In einem nächtlichen, sehr disziplinierten Schweigemarsch zogen Tausende von Männern und Jungmännern, hauptsächlich die Generation zwischen 25 und 45 Jahren, in vier Marschsäulen aus den vier Himmelsrichtungen durch die im Banne der Internationalen Automobilausstellung vibrierende Mainmetropole zum Dom, der mit seiner eindringlich mahnenden Carolus-Glocke fast eine Stunde lang den ersten Zug durch ihr Geläute begleitete. Jeder Marschsäule voran wurde ein großes, schlichtes Holzkreuz getragen, auf dessen Vorderseite der Gekreuzigte, auf dessen Rückseite die Namen von 13 Ländern unter bolschewistischem Regime einschließlich der Ostzone eingeschnitten waren.

In der anschließend im Frankfurter Kaiserdom, diesem kurz vor der endgültigen Wiederherstellung stehenden Wahrzeichen abendländisch-christlicher Kultur, von Bischof Gratian Grimm zelebrierten miternächtlichen Pontifikalmesse sprach Weihbischof Kampe zu den Kopf an Kopf stehenden Männern. Seine Ansprache gipfelte in dem eindrucksvollen Appell, Christus den Schlußstein in

der Kultur der westlichen Welt sein zu lassen, da ohne diesen Schlußstein die abendländische Kultur haltlos zusammenbreche und unter ihren niederstürzenden Trümmern die jetzt noch freie Welt hoffnungslos begrabe. Der beste Damm gegen die rote Flut aus dem Osten kann nur ein entschiedenes Christentum des Westens sein.

Am Nachmittag des Palmsonntags fanden sich auf dem Domplatz in Frankfurt über 12 000 Menschen ein, um in einer gemeinsamen Abschlußkundgebung ihrem Mitempfinden für die verfolgte Kirche und ihrem Protest gegen den Glaubensterror von Millionen Christen sichtbaren Ausdruck zu geben. Der slowakische Kultusminister Cernak wies mit einem erschütternden Situationsbericht auf den Kampf des Antichristen im Osten hin, für den es gelte — wie Bischof Dr. Kempf betonte —, endlich aus der Lethargie des Schweigens herauszutreten. Diese Kundgebungen in Frankfurt fanden weitgehende Beachtung, zumal sie zeitlich mit den letzten Tagen der Internationalen Automobilausstellung zusammenfielen und viele Fremde und Ausländer, Katholiken und Nichtkatholiken tief beeindruckten. Wurde hier doch das gemeinsame Anliegen der christlich-abendländischen Welt vertreten und auch denen zum Bewußtsein gebracht, die nicht wissen oder nicht wissen wollen, was hinter dem Eisernen Vorhang vor sich geht.

Die pastoralen Probleme der Kur- und Ausflugsorte

Im vorigen Sommer hatte das Amtsblatt der Erzdiözese München und Freising in einer Beilage (Nr. 6, 1952) Grundsätze für die Seelsorge an Fremdenkurorten veröffentlicht, über die die Herder-Korrespondenz in ihrem Juniheft (6. Jhg. S. 398) berichtet hat. Sie waren durch den Landseelsorgerkurs 1951 erarbeitet worden, der damit ein immer wichtiger werdendes Problem der modernen Seelsorge aufgegriffen hat. In seiner Nummer vom 27. März hat nun auch der „Osservatore Romano“ in einem Leitartikel ausführlich die Fragen und Möglichkeiten behandelt, die sich aus dem zunehmenden Hin- und Herwandern immer größerer Bevölkerungsschichten aus der Stadt aufs Land und wieder zurück zu Erholungszwecken für die Seelsorge ergeben. „Ganze Seiten der traditionellen Seelsorge müssen mit offenem Blick für die Wirklichkeit und wachsamem Sinn für die wesentlichen Werte neu überprüft werden“, schreibt der Verfasser des Artikels, Luigi Cardini. „Eine der wunderbaren Schöpfungen des jahrhundertealten Erziehungswerks der Kirche war die Pfarrgemeinde, die aus einer geographisch umschriebenen, bestimmten und sozusagen statischen Bevölkerung gebildet war, die ihren Lebensrhythmus eben von der Pfarrei empfing . . . Heute gibt es große und mittlere Pfarren, die mindestens während 6 Monaten im Jahr am Sonntag die Hälfte oder mehr ihrer Pfarrkinder verlieren, und andererseits winzige Pfarren von 300 Einwohnern, die allwöchentlich von Tausenden von Sonntagsausflüglern überschwemmt werden. Die Touristenorte nehmen jedes Jahr an Zahl zu . . . Dem immer mächtigeren Drang nach draußen entspricht notwendigerweise eine immer weitergehende Invasion von Dörfern, Flecken, Gehöften . . .“.

Um die seelsorgerischen Fragen und Möglichkeiten an diesen Orten genauer zu erfassen, muß man die Menschen, an die sich die Seelsorge dort zu wenden hat, in drei Grup-

pen einteilen: die Einheimischen, die Feriengäste, die für eine gewisse Zeit am Ort bleiben, und schließlich die Masse der Wochenendausflügler.

Was die Seelsorge an den Einheimischen der Kur- und Ausflugsorte betrifft, die durch die Überflutung mit Städtern, Menschen aus anderen Lebensbedingungen und in ferienhafter Ungebundenheit, besonderen Gefahren ausgesetzt sind, so zeichnet der Artikel des „Osservatore Romano“ ein ganz ähnliches Bild wie das Münchener Amtsblatt im vergangenen Jahr, und seine Hinweise auf die Punkte, die der Seelsorger hier besonders zu beachten hat, sind die gleichen. Ausführlicher geht er dagegen auf die Seelsorge am breiten Strom der Kurgäste und Ausflügler ein, und obwohl einleitend gesagt wird, daß es über den Rahmen des Aufsatzes hinausgehe, genaue Vorschläge über das, was getan werden könnte, zu machen, so ist doch die folgende Analyse an sich schon anregend.

Die Feriengäste bilden natürlich eine äußerst bunte Welt, auch hinsichtlich ihrer religiösen Praxis und ihres Glaubens. Cardini hält viele von diesen, genau wie das bayrische Amtsblatt, für vielleicht mehr als daheim und im Alltag zugänglich für religiöse Einflüsse, weil sie Zeit haben und entspannt sind. Darum kann eine aufmerksame, lebendige und verständnisvolle Seelsorge hier wahrscheinlich wirklich etwas erreichen.

Vor allem sollte alles fortgeräumt werden, was die Gäste von Kirche und Priester fernhalten könnte. Eine verstaubte, vernachlässigte Kirche von schlechtem Geschmack kann es gegenüber unsicheren, schwankenden Menschen heute nicht mit der Bar, dem Kino, den Gaststätten der Ferienorte aufnehmen.

Was die positive Einwirkung der Kirche auf den Kurgast betrifft, so verlangt sie natürlich Eingehen auf den einzelnen Fall. Aber es ist schon ein Anfang, wenn die Kurgäste merken, daß der Pfarrer da ist, auch für sie. Gewöhnlich gibt es unter den Kurgästen eine kleine Zahl eifriger Gläubiger, vor allem weiblichen Geschlechts. Sie bilden eine wichtige Brücke, können allerdings auch ein Netz darstellen, das den Pfarrer einfängt und daran hindert, weiter hinauszuwirken. Dann gibt es eine Masse Jugendlicher, deren gemeinsamer Nenner ihre Sorglosigkeit ist, die aber in religiöser und moralischer Hinsicht alle Spielarten durchlaufen. Sie dürfen nicht durch Beschimpfungen zurückgestoßen werden und können nicht durch bloße Verbote gewonnen werden. Auch die Kinder, die ganz Kleinen, haben ein Anrecht auf besondere seelsorgliche Betreuung, die wiederum sehr fruchtbar auf die Erwachsenen weiterwirken kann.

Es ist nun selbstverständlich materiell unmöglich, daß der einheimische Klerus all diesen Anforderungen genügt, wenn ihm nicht von zwei Seiten Hilfe zuteil wird: von zusätzlichen Geistlichen und von den Laien der Katholischen Aktion.

Auch der Klerus macht ja gewöhnlich seine Ferien an den gleichen Sommerfrischenorten wie die übrigen Stadtbewohner. Er hat zwar gewöhnlich die Ruhe sehr wohl verdient und dringend nötig. Aber wenn durch kirchliche Anzeiger und ähnliche Mittel ein Minimum von Organisation in diesen Dingen geschaffen würde, könnten die Ferienorte gewiß leicht in der Zeit des Anflutens des Fremdenstroms Hilfe von Geistlichen aus den gleichzeitig leerwerdenden städtischen Pfarren beziehen. Die Mitarbeit der Laien der Katholischen Aktion, sowohl der ansässigen wie derjenigen, die sich unter den Gästen be-

finden, könnte viel dazu beitragen, die jeweilige Situation zu kontrollieren und in die richtigen Bahnen zu lenken.

Schließlich muß man auch an die dritte Gruppe von Menschen denken, die Wochenend- und Sonntagsausflügler — ein lärmender und oft schlammiger Strom. Was immer man jedoch von dieser Masse sagen mag, Gutes oder Schlechtes, jedenfalls handelt es sich um Seelen. Diese Massen verlassen ihren Wohnort an unzähligen Sonntagen; und was geschieht mit ihrer Sonntagspflicht? Die Gegenden, in die sich ihr Strom ergießt, müssen Gelegenheiten schaffen, daß sie ihre religiösen Pflichten erfüllen können.

Nicht sofort, im Augenblick, wo sie in den Bergen, im Schnee, am Meer ankommen, denn dann haben sie anderes im Sinn; sondern zu einer gelegenen Stunde. Aber wenn es in der Mittagsstunde oder am Abend, nachdem der Tag im Freien genossen worden ist, noch eine Messe gäbe, vielleicht würden manche sich noch entschließen, sie zu besuchen. Wenn die Kapelle am Ort zu klein ist: man kann die Messe an einem schönen Sommertag ja ebensogut im Freien halten!

Das alles, so sagt der Artikel zum Schluß, stellt uns „neuen und eindrucksvollen Phänomenen gegenüber, sie müssen gründlich studiert werden, und es muß sich unter der Leitung der Hierarchie eine Lösung für sie finden, bei der der gesamte Seelsorgeklerus mit großzügigem Einsatz mit-helfen soll“.

Der Existenzkampf der konfessionellen Krankenanstalten Österreichs

Kaum beachtet von der Öffentlichkeit kämpfen auch die konfessionellen Krankenanstalten Österreichs einen schweren Kampf um ihre Existenz.

Das kommt daher, daß die Krankenkassen, die die weit-aus meisten Patienten stellen, Verpflegungsgebühren zahlen, die weit unter den sparsamst berechneten Selbstkosten liegen.

Die Verpflegungsgebühren der öffentlichen Spitäler werden nach dem derzeit geltenden Krankenanstaltengesetz aus dem Jahre 1920 — Krankenfürsorge ist Landes-sache — von der jeweiligen Landesregierung bzw. von der Gemeinde Wien festgesetzt. Daran haben sich die Krankenkassen gehalten. Die Regelung der Verpflegungsgebühren für die Privatspitäler ist privatrechtlichen Verträgen zwischen den betreffenden Spitälern und den Krankenkassen überlassen.

Das Problem beginnt damit, daß schon die Verpflegungsgebühren der öffentlichen Spitäler von den Landes-regierungen bzw. von der Gemeinde Wien viel zu nied-rig angesetzt werden. In Wien, wo die Frage infolge der großen Zahl konfessioneller Krankenanstalten (8 katho-lische und 2 evangelische und ein jüdisches mit insgesamt 37% des Bettenbestandes) besonders dringlich ist, sind S 55.— pro Patient und Tag festgesetzt, obwohl die Selbstkosten der Spitäler nach ihrer eigenen Aussage zwi-schen S 80.— und 90.— liegen. Das dadurch entstehende große Defizit muß von den Ländern bzw. von der Ge-meinde Wien getragen werden.

Aber nicht genug damit, daß eine Verpflegungsgebühr von S 55.— festgesetzt wird. Die Spitäler der Gemeinde Wien gewähren den Krankenkassen unter dem Titel, daß diese die Hauptmasse der Patienten stellen, einen Rabatt

von etwa 16% — als ob bei individuell zu behandelnden Kranken ein „Mengenrabatt“ in Frage käme — und fordern bloß S 48.—.

Die Rolle der Krankenkassen

Fragt man nach den Motiven, die die Gemeinde Wien bzw. die Landesregierungen veranlassen, von vornher-ein zu niedrige Verpflegungsgebühren festzusetzen und sich dadurch mit einem riesigen Defizit (in Wien über 100 Millionen jährlich) zu belasten, so ist es zunächst die Rücksichtnahme auf die Krankenkassen. Die Kranken-kassen sind durch die Vielzahl Ihrer Verpflichtungen, die immer weiter steigt, durch die allgemeine Über-alterung usw. ungeheuer belastet. Es fällt ihnen schwer, mehr zu leisten, ohne die Beitragsleistungen ihrer Mit-glieder zu erhöhen. (Andererseits aber bringen die Kran-kenkassen die Mittel auf, eigene Ambulatorien zu errich-ten, deren Notwendigkeit bestritten wird, da zumindest der größere Teil der in diesen Ambulatorien geleisteten Aufgaben auch in den bestehenden Krankenhäusern und ärztlichen Ordinationen geleistet werden könnte.) Bei-tragererhöhungen will man vermeiden, da eine Erhöhung der Lohnabzüge die Unzufriedenheit steigern würde und neue Lohnforderungen und vielleicht sogar neue Preis-bewegungen auslösen könnte.

Das sind zweifellos große Schwierigkeiten. Und doch ist nicht zu verkennen, daß auch ideologische Momente hier im Spiel sind. Denn eine Erhöhung der Krankenversiche-rungsbeiträge würde das Problematische des heutigen (Zwangs-) Versicherungssystems noch stärker in Erschei-nung treten lassen. Es ist nicht ohne Belang, daß die maßgebenden Männer der Gemeinde Wien, deren Bei-spiel einen starken Einfluß auf die Länder ausübt, in den Krankenkassen, im Sozialministerium und in den Sozialreferaten der Länder Sozialisten sind, die gemäß ihrem Programm den Sekuritätsapparat immer weiter ausbauen wollen.

Die Situation der konfessionellen Krankenanstalten, denen niemand ein entstehendes Defizit abdeckt, wird noch weiter verschlechtert, indem ihnen nicht einmal die S 48.—, sondern bloß S 41.— bezahlt werden. (Die nichtkonfessionellen Privatspitäler, die auch bloß S 41.— erhalten, werden davon weniger schwer betroffen, da sie sehr viele zahlende Patienten haben).

Zur Rechtfertigung dieser ungleichen Bezahlung wiesen die Krankenkassen darauf hin, daß die konfessionellen Spitäler wesentlich billiger arbeiten als die öffentlichen. Das Unrecht, das in dieser Argumentation enthalten ist, als ob die persönlichen Opfer der Ordensleute einen Rechtstitel abgeben könnten, ihnen weit weniger zu be-zahlen als den anderen, wird nicht weiter gesehen. Und schließlich haben die konfessionellen Krankenanstalten trotz größter Verzichte ihres ordenseigenen Personals und trotz sparsamster Verwaltung Selbstkosten von etwa S 55.— pro Patient und Tag. Die „Interessengemein-schaft der konfessionellen Krankenanstalten Wiens“, in der die acht katholischen und zwei evangelischen Kran-kenanstalten zusammengeschlossen sind, führt schon seit sehr langer Zeit Verhandlungen mit den Kranken-kassen, um die S 48.— der öffentlichen Krankenanstalten oder wenigstens als Zwischenlösung einen annähernd so großen Betrag zu erhalten. Diese Verhandlungen sind bisher nur zum Teil erfolgreich gewesen. Die Kranken-

kassen erklären einfach, daß sie zur Zahlung höherer Verpflichtungsgebühren derzeit nicht in der Lage sind.

Die Fortdauer dieses unleidlichen Zustandes hat ihren Grund vor allem in den Meinungsverschiedenheiten zwischen Krankenkassen, Ländern und Ministerien, da jeder der Beteiligten der Meinung ist, daß der andere die Lasten übernehmen soll. Seit fast zwei Jahren wird über die längst fällige Novellierung des Krankenanstaltengesetzes verhandelt. Der Sozialminister, der der SPÖ angehört, erklärt, daß der Bund das Defizit der öffentlichen Spitäler decken soll, während der Finanzminister (ÖVP) es für recht und billig findet, daß die Krankenkassen das bezahlen, was eine Spitalsbehandlung eben heute kostet. Da nun Parlamentswahlen vor der Tür stehen (am 22. Februar 1953), bleibt vorläufig alles beim alten. Es ist klar, daß nur der Vorschlag des Finanzministers auch für die konfessionellen Krankenanstalten eine glatte Lösung bedeuten würde, während im Vorschlag des Sozialministers erst ein Weg gefunden werden müßte, wie das Defizit der konfessionellen Anstalten zu beheben ist. Auch eine Enquête im Sozialministerium im August 1951 unter Vorsitz des Sozialministers hatte bloß die Notlage und das offenkundige Unrecht, das den konfessionellen Krankenanstalten zugefügt wird, deutlich gemacht, aber in der praktischen Lösung keinen Schritt weitergeführt.

Um ihre Rechte durchzusetzen, haben die konfessionellen Krankenanstalten daran gedacht, die Verträge mit den Krankenkassen zu kündigen und Kassenpatienten nicht mehr aufzunehmen. Dieser Entschluß könnte einen Druck auf die Krankenkassen ausüben, da diese dann nicht wüßten, wohin sie ihre Patienten geben sollen. Dieser Entschluß würde aber im Ernstfall bedeuten, daß die Krankenanstalten ihren Betrieb überhaupt schließen und ihr zahlreiches weltliches Personal (in Wien 459 Personen) entlassen müßten, was natürlich soziale Rückwirkungen hätte. Dieser äußerste Schritt könnte durch die Not erzwungen werden. Aber solange sie sich noch irgendwie durch noch größere Ausnützung des ordenseigenen Personals, durch neue Einsparungen, durch Rückgriffe auf die Substanz, durch Spendenaktionen usw. helfen können, und solange noch eine Hoffnung besteht, durch Verhandlungen das Existenzminimum zu erreichen, scheuen die Orden vor diesem Schritt zurück. Sollte es aber doch dazu kommen, dann müßte die Gemeinde Wien einspringen. Dann wäre das notwendige Geld sicherlich da, und weit mehr als die konfessionellen Krankenanstalten heute fordern, da die S 48.—, die heute vielleicht noch ausreichen, dann bestimmt nicht mehr ausreichen werden. Die Krankenkassen wissen, daß die konfessionellen Spitäler das Äußerste tun werden, um ihren Betrieb weiterzuführen, und nützen diese Situation aus.

Die Lohnfrage

Während auf der einen Seite den konfessionellen und überhaupt den privaten Krankenanstalten nicht das gegeben wird, worauf sie gerechten Anspruch haben, werden auf der anderen Seite Löhne gefordert, die keine Rücksicht auf die schwierige Situation der Krankenanstalten nehmen. Über Antrag der Gewerkschaft hat das „Einigungsamt“, welches die Aufgabe hat, in den Fällen, wo auf der Arbeitgeberseite kein kollektivvertragsfähiger Partner steht, einen Mindestlohn festzusetzen, am 29. November (veröffentlicht am 16. Dezember) für die Ange-

stellten der Privatkrankenanstalten neue Löhne und Gehälter festgesetzt, ohne sich zuvor mit den Privatkrankenanstalten ins Einvernehmen zu setzen und ohne zu berücksichtigen, daß zumindest die geistlichen Orden als Körperschaften öffentlichen Rechtes Kollektivverträge für ihre Angestellten schließen können.

Gegen den Spruch des Einigungsamtes erhoben die Privatkrankenanstalten unter Hinweis auf die Gesetzeswidrigkeit verschiedener Punkte Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof. Währenddessen war die Gewerkschaft zu Verhandlungen bereit und mäßigte ihre Forderungen. Die Beschwerde wurde jedoch mit der Begründung abgewiesen, daß der Spruch des Einigungsamtes Verordnungscharakter habe und daher der Verwaltungsgerichtshof hier nicht zuständig sei; eine Klage wegen Gesetzeswidrigkeit könne nur beim Verfassungsgerichtshof und nur über Antrag der Bundesregierung, einer Landesregierung oder eines Gerichtes erfolgen. Daraufhin hörte auch die Verhandlungsbereitschaft der Gewerkschaften auf. Die Privatkrankenanstalten weigern sich aber nach wie vor, die erhöhten Löhne auszus zahlen.

Was nun die Höhe der neuen Löhne und Gehälter betrifft, so möchte man meinen, daß das Äußerste, was hier in Betracht kommen kann, die Angleichung an die in den öffentlichen Spitätern gezahlten Löhne und Gehälter ist. Dem ist aber nicht so. Das Einigungsamt hat vielmehr weit höhere Löhne festgesetzt. Damit ist die Situation der Privatkrankenanstalten äußerst kritisch geworden. Sie werden schließen müssen, wenn auf der Einnahmenseite kein Zuwachs durch höhere Verpflegungssätze seitens der Krankenkassen erfolgt.

Folgen einer sozialistischen Sozialpolitik

Aber auch mit der Erhöhung der Verpflegungssätze auf S 48.— wäre es auf die Dauer nicht getan. Die konfessionellen Krankenanstalten fordern daher, daß in die Novellierung des Krankenanstaltengesetzes die Bestimmung aufgenommen wird, daß die öffentlichen Krankenanstalten den Krankenkassen keinen höheren Nachlaß gewähren dürfen als 10% der tatsächlichen Selbstkosten und daß die Krankenkassen den konfessionellen Krankenanstalten den gleichen oder einen höchstens 10% niedrigeren Verpflegungskostensatz zu bezahlen haben wie den öffentlichen Krankenanstalten.

Im Hintergrund all dieser Fragen steht auch hier die grundsätzliche Frage, wie weit nichtstaatliche Initiativen von der öffentlichen Hand gefördert werden sollen. Es ist keine Frage, daß die allgemeine Linie der SPÖ auf die allmähliche Beseitigung der privaten Krankenanstalten hinausläuft, mag man auch für jetzt und für viele Jahre mit dem Weiterbestand der privaten Krankenanstalten einverstanden sein, da man sie nicht ersetzen kann. (In diesem Sinn wird den Barmherzigen Brüdern, die vor allen konfessionellen Spitätern das größte Ansehen genießen, von der Gemeinde Wien eine der wenigen in Wien zugelassenen Straßensammlungen alljährlich gewährt.) Schließlich ist die SPÖ nur konsequent. Sie will zugeständenermaßen das Staatsmonopol auf allen Gebieten. Wie sie auf die Verstaatlichung immer größerer Sektoren der Wirtschaft hinarbeitet und das Fortschritt nennt, wie sie die Privatinitiative im Schulwesen und im Wohnungsbau möglichst beschränken und schließlich beseitigen will, so wünscht sie im Grunde auch keine privaten Initiativen auf dem Gebiete der sozialen Einrichtungen. Solange

daher dieses Prinzip weiter verfolgt wird, werden die konfessionellen Krankenanstalten einen schweren Stand haben. Zugeständnisse werden von seiten der Sozialisten letztlich immer nur als Interimslösungen betrachtet werden.

Aus Süd- und Westeuropa

Der Papst über die Jugend der Kirche

Der Heilige Vater hat am 10. April, in der Osterwoche, über 600 katholische Studenten der Sorbonne empfangen, die eine Wallfahrt nach Rom gemacht hatten. Da zwei von ihnen am Ostertag die Taufe empfangen hatten, nahm der Papst dieses Ereignis zum Anlaß, einen Vergleich mit der österlichen Taufe in den ersten christlichen Jahrhunderten zu ziehen, als, wie er sagte, „jenes Bekenntnis zum Glauben angesichts des offiziellen Heidentums des Römischen Reichs die Bedeutung eines Bruchs mit der alten Welt und des Eintritts in eine neue, die junge christliche Kirche, hatte“. „Heute“, so fuhr der Heilige Vater fort, „sind es gewöhnlich die falschen Götter, die jung erscheinen, und die Kirche scheint alt zu sein. Aber bewahrt eure Sicherheit und laßt euch nicht täuschen! Selbst wenn man — unter Übergehung philosophischer Systeme, deren Existenz flüchtig ist wie die der Eintagsfliegen — zugeben muß, daß gewisse Irrtümer einen langen und tiefen Einfluß auf die Menschheit ausüben können, so folgen sie doch alle dem Gesetz der Geschichte, demzufolge auf Aufstieg und Höhepunkt Niedergang und Untergang folgt. Die Kirche Christi aber empfing und empfängt immer von ihrem göttlichen Stifter die Kraft, diesem Gesetz zu widerstehen. Unaufhörlich verjüngt sie sich wieder, und sie überlebt alle Irrtümer.“

Der Papst ermahnte dann die Studenten, ihrem Bewußtsein von der Größe der Kirche gemäß zu leben: Menschen des Gebets zu bleiben, die höchsten moralischen Anforderungen an sich zu stellen; davon überzeugt zu sein, daß die Wahrheit des wissenschaftlichen Erkenntnisstrebens letzten Endes nicht der offenbarten Wahrheit widersprechen kann; die Kirche gegen den Vorwurf zu verteidigen, sie kümmere sich nicht um die Arbeiterfrage; als Katholiken ein Herz für alle Völker und Länder zu haben; und der Leitung der Kirche gehorsam zu sein.

Aus der kirchlichen Statistik

Im Zusammenhang mit der Neuernennung der Kardinäle ist öfters die Frage gestellt worden, welches heutzutage eigentlich die größten katholischen Völker und Länder sind, wenn man rein nach den Zahlen sieht.

Absolut betrachtet, steht Brasilien mit 47,5 Millionen Katholiken an der Spitze. Dann folgen Italien mit 46, Frankreich mit 35, die Vereinigten Staaten mit 29, Spanien mit 28,5, Deutschland mit 26,75, Mexiko mit 24, Polen mit 21, Argentinien mit 17, die Philippinen mit 16 Millionen. Bei einer Weltbevölkerung von schätzungsweise 2,368 Milliarden dürften 457,3 Millionen, d. h. etwas weniger als 20%, katholisch sein. Von 176 Ländern haben 43 weniger als 1% Katholiken. An letzter Stelle stehen Grönland, Afghanistan, Bhutan, die Mongolei und Tibet.

Relativ betrachtet, weisen die höchste Prozentzahl von Katholiken unter ihren Einwohnern auf: Andorra, die atlantischen französischen Inseln St. Pierre und Miquelon,

Spanien, Italien, die südpazifischen Inseln Wallis und Futuna, die Länder San Salvador, Malta, Luxemburg, Dominikanische Republik und Kolumbien. Sie haben sämtlich mehr als 99% Katholiken.

Diese Zahlen sind dem neuen Jahrbuch des Catholic Students' Mission Crusade entnommen.

Aus dem neuen Annuario Pontificio ersehen wir, daß es derzeit 282 Erzbistümer und 1123 Bistümer gibt, ferner 69 Prälaturen, 129 Apostolische Präfekturen und 882 Titularbischöfe. Im ganzen sind das 25 Bistümer, 3 Prälaturen und 3 Präfekturen mehr als im letzten Jahre.

Pflege der Latinität Zur Pflege und Entwicklung der lateinischen Sprache erscheint in Rom unter vatikanischer Förderung seit einigen Monaten eine neue Zeitschrift: „Latinitas“. Sie hat nach Meldung des vatikanischen Pressebüros immerhin bereits über 1000 Abonnenten. Etwa die Hälfte wohnen in Italien, das 481 Abnehmer aufweist. Dann folgen die Vereinigten Staaten mit 282, Kolumbien mit 94, Mexiko mit 80, England mit 36, Deutschland mit 23 und die Schweiz mit 22. Einige Exemplare nehmen ihren Weg nach China, Siam und Indonesien.

Sozialmissionare gefordert

Nach seiner Rückkehr von einer Weltreise, die ihn mit den sozialen Verhältnissen in den verschiedensten fernen Ländern bekannt machte, bezeichnete Msgr. Joseph Cardijn es als eine seiner bedrückendsten Einsichten, daß die Arbeiterschaft fast überall „mehr von opportunistischen Politikern als von wirklichen Arbeiteraposteln geführt wird“.

Die Kirche, sagte er, „hat heldenmütige Anstrengungen gemacht, Seminare zu bauen und Priester auszubilden, Schulen und Kirchen zu errichten, aber sie hat den Fehler gemacht, die Ausbildung von Führern für die immer mächtiger werdende Arbeiterbewegung zu vernachlässigen. Die Tragik der Situation ist es, daß die Kirche die soziale Lehre besitzt, die die Wünsche der Arbeiter erfüllen kann, diese Lehre aber den Arbeitern nicht vermittelt hat.“

Cardijn betonte, man dürfe nicht nur an die eigenen Länder denken. Es geht um die Millionen von Arbeitern in den erwachenden überseeischen Ländern, die von kommunistischen Agitatoren durchsetzt werden. Ein vorausschauendes Denken müßte ihnen katholische soziale Missionare entgegenzustellen suchen. Zur Ausbildung solcher Kräfte ist in Brüssel ein Seminar gegründet worden, das bis jetzt schon 30 Sozialmissionare nach Südamerika, Indien, Nordafrika und Japan ausgesandt hat. Angesichts eines solchen Mißverhältnisses der Kräfte „ist das Resultat, daß die Roten sich des größten Teils der Arbeiterbewegung in Übersee bemächtigt haben. Es bedarf einer übermenschlichen Anstrengung, daß die Kirche auf diesem Gebiete die Initiative an sich reißt.“

Christliche Verbundenheit

Britische anglikanische Kathedralen und Kirchen sowie die Universitätskollegien von Oxford und Cambridge beteiligen sich durch Buchspenden aus ihren Beständen am Wiederaufbau der Bibliothek von Monte Cassino. Eine erste Sendung seitens solcher Bibliotheken, die einst mit dem Benediktinerorden verbunden waren, wurde bereits übergeben. Die Initiative

zu dieser Aktion christlicher Verbundenheit ging vom Dekan und Kapitel der Kathedrale von Winchester aus und fand die Billigung der englischen Regierung.

Die Londoner „Times“ schrieb: „Es ist der rechte Augenblick für eine Geste guten Willens gegenüber der Abtei der Abteien, dem Mutterhaus der gesamten benediktinischen Welt. Westminster und die anderen großen englischen Gründungen, in denen die schwarzen Mönche einstens ihren Dienst leisteten, sind durch die Geschehnisse der Jahrhunderte von der Familie getrennt worden, der sie entstammten. Aber Gelehrte und Männer der Kirche, deren Ohren noch offen sind für die majestätischen Rhythmen der Geschichte, halten den Namen St. Benedikts noch in Ehren und sehen in Monte Cassino noch die hohe Feste des Geistes, wo die Lichter der Heiligkeit, der Liebe und der Wissenschaft im Untergang einer zusammenstürzenden Welt bewahrt wurden, um nach dem Abzug der barbarischen Flut die Flamme einer neuen christlichen Kultur zu entzünden. Wenn England ein bedeutender Hort dieser Kultur ist, verdankt es dies zu einem Grad, der kaum überschätzt werden kann, der Tradition seiner Heiligen aus dem Benediktinerorden, Augustin, Bonifatius, Beda, Dunstan und Anselm, und einer großen Gesellschaft von Männern weniger bekannten Namens, die zu ihrer Zeit in Treue gegen die drei Gelübde der Armut, Keuschheit und des Gehorsams in aller Stille für die Ehre Gottes und den Dienst am Menschen wirkten.“

Eine Erklärung der französischen Kardinäle und Erzbischöfe Am 3. März versammelten sich die französischen Kardinäle und Erzbischöfe in Paris, um über „einige soziale Probleme der Gegenwart“ zu beraten. Das Ergebnis dieser Besprechung wurde in einer Erklärung vom 6. 3. der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Die Bischöfe kommen zunächst auf die Weihnachtsbotschaft des Heiligen Vaters zu sprechen, als deren Antwort ihr Appell aufgefaßt werden soll.

Der Alkoholmißbrauch

Um die gesunde Zukunft des Volkes, die Würde der Person und die Sittlichkeit unter den Jugendlichen zu wahren und sicherzustellen, ist es — so sagen die Bischöfe — an der Zeit, daß sich die Öffentlichkeit der Alkoholplage bewußt wird. „Die Ausnutzung einer menschlichen Schwäche ist ein Skandal. Teilinteressen können da nicht bedroht sein, wo das allgemeine Wohl auf dem Spiele steht.“ Alle Kreise sind von der Alkoholsucht betroffen. Ein Novum dabei ist die Beteiligung der jungen Mädchen und Frauen. Sie sind sich nicht darüber im klaren, in welche Gefahr sie sich dabei begeben.

Die Wohnungsfrage

Ein weiteres Zeitproblem ist die Wohnungsfrage. Die Bischöfe und auch andere kirchliche Stellen haben sich schon des öfteren mit ihr befaßt. Die Kirche kann auf diesem Gebiete nicht mit technischen Lösungen aufwarten. Ihre Aufgabe ist es, die Gewissen wachzurütteln. Sie versucht, die Gläubigen anzuhalten, sich die Frage zu stellen: „Was muß ich für meinen Teil in der Wohnungsfrage tun, wenn ich wirklich Christ sein will?“ Die Kirche verlangt von allen, die Kapital besitzen oder in günstigen Wohnverhältnissen leben, eine nachhaltige Unterstützung der Einrichtungen und Organisationen, die Minderbemittelten

beim Auf- und Ausbau ihrer Wohnungen helfen, selbst wenn das mit gewissen Einschränkungen verbunden sein sollte. Auch auf diesem Gebiete gibt es Forderungen der ausgleichenden Gerechtigkeit. Wenn man aber Wohnungen baut, dann müssen das „familiengerechte“ Wohnungen sein.

Verbesserung

der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen

Nachdem die Kardinäle und Erzbischöfe erneut zur Frage der Arbeitslosigkeit Stellung genommen haben, stellen sie fest, daß alle die genannten Erscheinungen nicht mehr als Symptome einer Wirtschaftsordnung sind, die von Grund auf der Verbesserung bedarf. Es geht darum, die Übel an der Wurzel zu packen, um einen echten wirtschaftlichen Fortschritt zu erzielen. Persönliche Interessenverbände bleiben angesichts der menschlichen Leiden und der Notwendigkeit einer neuen Wirtschaftsstruktur nicht frei von Schuld, wenn sie sich einem Ausgleich der menschlichen Bedürfnisse zugunsten ihres persönlichen Vorteils entziehen. Die wirtschaftliche Fortentwicklung kann in bestimmten Zeiten unerläßlich sein und sich als eine Gewissenspflicht stellen.

Das bringt mit sich, daß man eine Wertskala der dringlichen und vordringlichen Aufgaben aufstellen und befolgen muß, nicht nur im Interesse des Augenblicks, sondern auch der Zukunft, und zwar der des ganzen Volkes. Das Kapital hat eine soziale Funktion, und daher muß es auch von seinen Besitzern an der Stelle eingesetzt werden, wo es für das Volksganze am nützlichsten ist. Gerade unter diesem Gesichtspunkt bedauern die französischen Prälaten den Individualismus zahlreicher Christen, die mit ihren geistigen Kräften in ihrer Umwelt nicht fruchtbar werden, da sie sich aus ihr zurückgezogen haben. Die Christen dürfen bei der Lösung der sozialen Zeitfragen nicht abseits stehen.

An die katholischen Publizisten

Die Versammlung der Kardinäle und Erzbischöfe hat weiterhin bei dieser Gelegenheit eine Anzahl Richtlinien für die Arbeit der katholischen Publizisten bekanntgegeben.

Wenn auch die Kirche durch die ständigen Polemiken, die unter den Katholiken herrschen, leidet, so erfüllt sie ihre Sendung doch, wenn alle gemeinsam an der Verchristlichung der Welt mitarbeiten. Ohne Zweifel ist es gerechtfertigt, eine abweichende Stellungnahme einzunehmen. Außerhalb des Gebietes der Glaubens- und Sittenlehre gibt es daher Möglichkeiten, persönliche Einsichten, Standpunkte und Absichten zu publizieren. Doch darf diese Meinungsäußerung nicht auf das eigentliche Gebiet der Hierarchie übergreifen. Sie soll vielmehr ein treuer Widerhall auf alle ihre Anweisungen, vor allem auf dem Gebiet der Seelsorge und der Sozialen und Katholischen Aktion, sein.

Es ist weiterhin notwendig, daß der katholische Publizist, wenn er sich an den Klerus oder an die Mitglieder der Katholischen Aktion wendet, das nur im Einvernehmen mit den Bischöfen und unter ihrer Verantwortlichkeit tut. Wenn der katholische Publizist seine persönliche Meinung äußert, dann darf er sie weder mit der Wahrheit gleichsetzen noch dabei die Meinung eines anderen unterschätzen. Er soll so Unterstellungen und langwierige Polemiken meiden, die mit Sicherheit dazu angetan sind, Uneinigkeit

unter Klerus und Laien zu stiften. Er soll Ausdrücke gebrauchen, die berühren, aber nicht verletzen, und aus der Meinung des anderen unter Hintansetzung von gewissen Härten und Irrtümern das Körnchen Wahrheit gewinnen, das einigt und verbindet.

Programm der Sozialen Woche in Frankreich 1953 Die diesjährige Soziale Woche der französischen Katholiken findet vom 20. bis 26. Juli statt und steht unter dem Thema „Krieg und Frieden“, mit dem Untertitel „Vom Nebeneinander der Gruppen zur internationalen Gemeinschaft“. In einem einleitenden Vortrag spricht der Präsident, Charles Flory, über den „Weg der Welt zur Einheit und die gegenwärtige Krise“. Dann wird zu den drei Themenkreisen: Analyse der Situation, die Prinzipien der christlichen Moral und Wege und Möglichkeiten, in mehreren Referaten Stellung genommen.

Zur Analyse der gegenwärtigen Situation tragen folgende Themen bei: die Bilanz zweier Weltkriege (Latreille), die materiellen und ideologischen Ursachen der derzeitigen Unordnung (Bigo), die Formen der gegenwärtigen internationalen Auseinandersetzungen (Le-Brun-Keris), die Versuche der internationalen Organisationen und ihre Mißerfolge (Giraud), die Bemühungen der katholischen Kirche um den Frieden zwischen den beiden Weltkriegen (Vausard). — Mit der kirchlichen Morallehre befassen sich folgende Themen: die christliche Konzeption vom Frieden (Jouguet), die sozialen Gruppen und der Friede (Folliet), Staatssouveränität und föderative Ordnung (Pose), Soziologie des modernen Krieges und die Lehre vom gerechten Krieg (Delos), die Mittel des modernen Krieges und die Moral (Ducattillon). — Um Wege und Möglichkeiten bemühen sich Themen wie: das christliche Ideal in der gegenwärtigen Situation (Solages), Kriegsdienstverweigerung und Gewissensbedenken (Naurois), die internationale Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete (Tessier), internationale Zusammenkünfte und Meinungsaustausch (Montagne), Europa im internationalen Leben (Menthon).

Zum Tagungsort der diesjährigen Sozialen Woche wurde Pau gewählt, das in unmittelbarer Nähe von Lourdes, dem Zentrum christlichen Friedens, liegt, wo auch die Soziale Woche 1953 mit einer großen internationalen Kundgebung ihren Abschluß finden wird.

Aus der totalitären Welt

Chronik der polnischen Kirchenverfolgung Die polnischen Bischöfe haben anfangs März ein Hirten Schreiben erlassen, in dem sie einerseits die Gläubigen vor der Beteiligung an umstürzlerischer Tätigkeit warnen, andererseits den Klerus auffordern, in Ausübung seines Amtes von politischer Tätigkeit abzusehen. „Die katholischen Gläubigen lieben keine Politiker im Talar“, heißt es darin, „und sie wünschen keine politischen Reden von der Kanzel . . . Die Politik kann nur zur Vertiefung der Spaltungen, zur Vermehrung der Schwierigkeiten und zur Erregung der Leidenschaften führen . . . Es kann nicht oft genug wiederholt werden, daß die Priester als das eigentliche Feld ihrer Tätigkeit die Kirche und die Schule, den Altar, die Kanzel und den Beichtstuhl betrachten sollen . . . Die Kirche muß ihre Mission zu jeder

Zeit, unter allen Umständen und für jedermann erfüllen . . . Wir Priester haben die Pflicht, vor allen anderen für unsere Person nach den natürlichen und übernatürlichen Tugenden zu streben und dem polnischen Volk die große Bedeutung dieser Tugenden für das öffentliche Leben zu zeigen.“

Diese Mahnung negiert das Recht des Geistlichen, sich innerhalb seiner Amtstätigkeit für politische Ziele gleichviel welcher Art einzusetzen, weil er Menschen aller politischen Richtungen zu ihrem ewigen Heil zu verhelfen hat, sie behauptet aber ebenso deutlich die Amtspflicht des Priesters, dem Volk durch Tat und Wort die Forderungen der christlichen Tugenden vor Augen zu stellen und ihre Erfüllung zu zeigen. An der Spitze dieser Tugenden stehen, wie die Bischöfe ausdrücklich hinzufügen, „Gerechtigkeit und Liebe“. Konkreter Anlaß zu dieser Mahnung waren mehrere Kundgebungen der sog. „patriotischen Priester“, die u. a. den Bischöfen vorgeworfen hatten, daß sie den Kapitalismus begünstigen und den Krieg herbeiwünschen. Der Sekretär der polnischen Bischofskonferenz, Bischof Choromanski, hat in einem Brief den Vorsitzenden jener Priestervereinigung wegen einer solchen Verleumdung des Episkopates zur Rede gestellt. Daraufhin hat das offizielle Organ der Partei, „Trybuna Ludu“, den Bischof der Staatsfeindlichkeit bezichtigt.

Gemäß den Bestimmungen des neuen Dekretes über die Genehmigungspflicht bei Besetzung kirchlicher Ämter hat der Bischof von Tarnow, Johannes Stepa, dem seit einiger Zeit reaktionäre Haltung vorgeworfen worden war, das Mitglied der Kommission der Priester in der Union der Friedenskämpfer, F. Sieroslawski, zum Generalvikar ernannt.

Die polnische Dokumentar-Film-Gesellschaft hat einen Film über den Krakauer Prozeß gedreht, in dem vor einigen Monaten mehrere Mitglieder der erzbischöflichen Kurie wegen staatsfeindlicher Tätigkeit verurteilt wurden, einer von ihnen zum Tode. Der Film soll nicht nur über die Tätigkeit dieser Angeklagten berichten, sondern zugleich „die Geheimnisse des düsteren Untergrundes der Kurie“ enthüllen, wie „Trybuna Luda“ in diesem Zusammenhang bemerkte.

Chronik der ungarischen Kirchenverfolgung Nach Meldungen aus Rom hat die ungarische Regierung beschlossen, die Zahl der amtierenden Geistlichen um 10% zu vermindern und infolgedessen etwa 800 Geistliche aus ihren Seelsorgsamtern zu entlassen. Außerdem wurde von mehreren Prozessen gegen Priester wegen wirtschaftlicher Delikte berichtet.

In der Presse wurde nachdrücklich die Forderung erhoben, daß alle Geistlichen, die sich weigern, der Bewegung der Friedenskämpfer beizutreten, aus ihrem Amte entlassen werden sollen.

Chronik der jugoslawischen Kirchenverfolgung Vor und während dem Londoner Besuch des jugoslawischen Staatschefs haben die britischen Katholiken in der den Briten eigenen formalen Mäßigung und unter Vermeidung jeder persönlichen Herausforderung Titos das Mögliche getan, um eine Entspannung der kirchlichen Lage in Jugoslawien zu unterstützen. Insbesondere über-

reichte der Herzog von Norfolk als Präsident der „Catholic Union“, in der neunzehn katholische Laienverbände zusammengeschlossen sind, der Regierung ein Memorandum mit sachlicher Darlegung der Gründe, aus denen sich ein britisches Interesse an einer Änderung der jugoslawischen Kirchenpolitik herleitet. Churchill bestätigte in einem Antwortschreiben, daß er das Memorandum sorgfältig erwogen habe, und es scheint sicher zu sein, daß sein Inhalt mit Tito besprochen worden ist, wenn auch nicht in Form einer Demarche. So ist denn auch von jugoslawischer Seite keine irgendwie verbindliche Versprechung gemacht worden.

Während des Besuches Titos in England hat die slowenische Landesregierung den Bischöfen von Marburg und Laibach ihre Anerkennung entzogen und dekretiert, daß hinfort die Priestervereinigung St. Cyrill und Methodius als Sprecherin der katholischen Kirche zu betrachten sei. Der vatikanische Sender teilte mit, daß Priester, die dieser Vereinigung in Kroatien beitreten, wenn sie demnächst auch dort ihre Tätigkeit aufnimmt, der Suspension verfallen. Nach einer Radiomeldung aus Laibach bestehen in Kroatien bereits 29 Gründerkomitees der Vereinigung, die Ende April in Zagreb mit einer Vollversammlung hervortreten wollen.

Kardinal Stepinac formulierte gegenüber der Journalistin Traudl Lessing nochmals die kirchlichen Forderungen für eine Verständigung: freie katholische Schulen, Freiheit für die religiöse Lehre und den Religionsunterricht, wenigstens außerhalb der Staatsschulen, Pressefreiheit und Abschaffung der obligatorischen Zivilehe. Inzwischen ist dem Kardinal verboten worden, Presseinterviews zu gewähren.

Nach einer KNA-Meldung wurde in Agram ein Film gedreht, der unter dem Titel „Der verbrecherische Kardinal“ die kollaborationistische Tätigkeit von Stepinac während des Krieges beweisen soll.

Chronik der bulgarischen Kirchenverfolgung

Wie Kipa mitteilt, sind in Bulgarien gegenwärtig für 57 000 Katholiken, die es in diesem Lande gibt oder jedenfalls vor Beginn der Verfolgung gab, nur mehr 10 Priester tätig. So wird auch in Bulgarien das äußere Dasein der Kirche in nicht allzu ferner Zeit vollständig aufhören.

Aus Amerika

**Der Schwerpunkt der
Gesellschaftsordnung** In „The Commonweal“ vom 6. März 1953 veröffentlicht Peter F. Drucker einige Überlegungen zur gegenwärtigen Wandlung des Gesellschaftsbildes, die im Hinblick auf unsern Bericht über die Neuordnung des Eigentums in diesem Heft bedenkenswert sind, darüber hinaus aber auch für die richtige Einschätzung der Kraftschwerpunkte im Verhältnis von Staat und Gesellschaft Beachtung verdienen. Drucker ist bekannt als Autor der beiden Bücher „The Future of Industrial Man“ und „The New Society“. Er sieht in der Industrialisierung den entscheidenden Grund für den gesellschaftlichen Wandlungsprozeß unserer Zeit. Die Industrialisierung habe das Prinzip der „Massenproduktion“ entwickelt. Dieses ist keineswegs auf die Industrie selbst beschränkt. Es findet mehr und mehr

Anwendung auch in der Landwirtschaft, Verwaltung, Kriegführung und wissenschaftlichen Forschung. Sein Wesen besteht weniger in der Herstellung von massenhaften Gütern als darin, daß aus wenigen Ausgangstypen eine unbegrenzte Zahl von Endeffekten entwickelt wird. Das setzt eine enorme Organisation, Überlegung, Planung und Vorbereitung voraus, ehe zur Ausführung geschritten wird. Deshalb ist es nicht richtig, daß der Gedankenarbeiter durch den bloß Ausführenden verdrängt wird. Im Gegenteil, die Ungelernten und selbst die bloßen Fließband- oder Maschinenarbeiter nehmen zahlenmäßig ab im Verhältnis zu den Leuten, die in der Planung und Organisation, Forschung und Vorbereitung beschäftigt sind.

Dieses Phänomen ist nicht nur technisch, es ist vor allem soziologisch zu betrachten. Niemand kann mehr sagen: ich bin der Unternehmer, der Produzent, der Schöpferische. Es gibt mehr und mehr nur noch team-work, group-work. Dabei ist jeder gleich unentbehrlich. Der Sache nach ist dieser Apparat ein demokratisches Strukturgebilde. Dabei ist nicht die Spezialisierung das Entscheidende, sondern die Integration der spezialisierten Kräfte.

Dieser Struktur des modernen Arbeitsvorganges, gleichviel worin die Arbeit besteht, entspricht das moderne Sozialgebilde, die Institution des Betriebes. Auch diese Einrichtung ist keineswegs auf die industrielle Produktion beschränkt, sie ist eine Allgemeinerscheinung, was ja schon der um sich greifende Sprachgebrauch erfüllt hat. Das Wesentliche dieser Institution ist ihre hoch entwickelte Organisation. Sie ist unabhängig vom Charakter des politischen Regimes, in Rußland nicht anders als in Amerika. Sie ist aber der Ort, an dem die wirklichen sozialen Probleme ausgetragen werden.

In dieser Organisation gibt es zwei Führungskräfte: das Management und die Gewerkschaftsführung. Beide nehmen eine hohe, wenn nicht die entscheidende Leitungsstellung in der Entwicklung der gesamten gegenwärtigen Gesellschaft ein. Ja, sie sind „die Wirklichkeit der modernen Gesellschaft“. Demgegenüber ist die Führungsrolle des Eigentümers völlig zurückgetreten. Die amerikanischen Betriebe sind Eigentum von 40% des Volkes. Management ist ein „professional term“, ein Beruf, eine soziale Funktion, meist in der Rechtsstellung eines Angestellten ausgeübt. Seine Aufgabe besteht darin, das Unternehmen zu entwickeln und im Schritt mit der Entwicklung zu halten. Eine Aufgabe, die kein politisches System entbehren oder beeinflussen kann.

Als Gegengewicht gegen das Management ist die Gewerkschaft unentbehrlich. Deswegen muß sie in der Rolle des „tribunus populi“ auch verbleiben und darf nicht zu gleicher Zeit am Management teilhaben wollen. Denn da dieses seiner Natur nach den Betrieb, den Apparat und sein Funktionieren zu vertreten und wahrzunehmen hat, der in seiner Eigengesetzlichkeit das persönliche Interesse der einzelnen Mitarbeiter zu erdrücken droht, bedarf dieses Interesse eines unabhängigen Anwaltes, eben der gewerkschaftlichen Interessenvertretung.

Interessant ist, was Drucker bei den englischen Gewerkschaften beobachtet hat, die auf dem Wege der Sozialisierung in das Management eingerückt sind: „Nur wenige Jahre — seit der Verstaatlichung — und eine seit langem anerkannte und höchst populäre Gewerkschaftsführung ist in den Augen der Arbeiter zu einem ‚Werk-

zeug des Managements' geworden, hat ihr Vertrauen und in zunehmendem Maß ihre Anhängerschaft verloren. Die Gewerkschaftsführer in den verstaatlichten Industrien können ihr Amt nur noch wegen der dreißig oder vierzig Jahre persönlicher Loyalität weiterführen, die sie aufzuweisen haben. Wenn sie einmal gegangen sind, werden ihre Nachfolger kaum imstande sein, sowohl als Mitglieder des Managements wie auch als anerkannte Gewerkschaftsführer zu fungieren.“ Wenn beides in einer Hand vereinigt werden soll, setzt sich das größere Gewicht des Managements durch, wie ja denn in allen totalitären Regimen die Gewerkschaften zuletzt ihre Bedeutung verloren haben.

Das Verhältnis zwischen Leitung und Mitarbeitern in der sozialen Institution des Betriebes verlangt, von beiden Seiten her betrachtet, daß der Mitarbeiter einen demokratischen Status hat. Für ihn wird der Betrieb zum hauptsächlichsten Lebensinhalt. Deswegen macht er auch seine persönlichen Ansprüche an das Leben in erster Linie gegenüber dem Betrieb geltend. Ihm ist hauptsächlich daran gelegen, daß er dort ein ‚standing‘ hat, also Recht, Ansehen, persönliche Freiheit, existenzielle Sicherheit auch für schicksalsvolle Momente des Lebens. Dort will er Bürger sein, während ihn alles andere, einschließlich des politischen Gebildes des Staates höchstens in zweiter Linie interessiert. Umgekehrt kann auch der so strukturierte Betrieb nichts anfangen mit proletarischen Mitarbeitern, die nur an ihren Lohn und rechtzeitigen Arbeitsschluß denken und denen der Gang der Geschäfte gleichgültig ist. Sie müssen von innen heraus „Mitunternehmer“ sein. Die Idee der Partnerschaft zwingt sich geradezu auf. Sie verlangt weniger nach einer abstrakten Mitbestimmung in der Spitze (— deutsche Lösung —) als nach selbstverantwortlicher Stellung am eigenen Platz (— amerikanische Lösung —).

Der Betrieb ist im Verhältnis zu Staat und Gesellschaft die neue Form des Föderalismus, der Selbstverwaltung, des relativ autonomen Gliedgebildes im Staate, „der logische Nachfolger des Feudalherrn, der Gemeinde und der Stadt“. Denn weder hat der Staat ihn geschaffen noch kann er sich über ihn hinwegsetzen: der moderne Staat lebt vom Funktionieren der Betriebe, gleichgültig welches Regime er hat.

Was nun das materielle Interesse angeht, widerlegt der moderne Betrieb sowohl die liberalistische wie die marxistische Theorie. Er kann weder von ungezügelter Durchsetzung des kapitalistischen Eigeninteresses leben, kraft eines automatischen Gleichgewichts (A. Smith, Liberalismus), noch vom Klassenkampf (Marxismus). Er tendiert zum bewußten und gewollten Ausgleich auf der mittleren Linie. Wo die Dinge am meisten fortgeschritten sind, in USA, ist der Ausgleich der Einkommen, die Nivellierung der sozialen Schichten am vollkommensten verwirklicht, während sie wahrscheinlich in Rußland auch rein ökonomisch am meisten auseinanderklaffen. Zugleich ist der allgemeine Lebensstandard trotz schwerer volkswirtschaftlicher Rückschläge am höchsten entwickelt.

Trotzdem der Zug zu dieser Gesellschaftsstruktur in der Zeit liegt und ganz von selbst die Zukunft hat, so schließt Drucker seine Erörterungen, darf man doch nicht glauben, daß diese soziale Demokratie ohne Zutun der Menschen zustande kommt. Wie keine frühere gesell-

schaftliche Ordnung lebt diese vom moralischen Standard der Beteiligten und ihren Tugenden. Die Zeit bietet uns nicht schon die freie und sichere Existenz selbst an, sondern nur die Chance, sie zu verwirklichen.

Wenn die Gedanken Druckers auch auf der Beobachtung der amerikanischen Verhältnisse beruhen, die weit fortgeschrittener sind als die europäischen, so gelten sie doch für Europa, dessen wirtschaftliche Zukunft ganz und gar an die Industrialisierung gebunden ist, als beispielhafte Zielvorstellungen und Leitlinien für die Beurteilung der tatsächlichen Schwerpunkte der Gesellschaftspolitik. Sie helfen uns, weltanschauliche und politische Ideologien zu erkennen und von konstruktiven politischen Programmen zu unterscheiden. Sie sind insbesondere geeignet, die Vorstellungswelt und das gesamte Urteil der heute schon politisch entscheidenden Kräfte unseres Volkes: der Manager und der Arbeitnehmer, vernünftig zu beeinflussen.

Bisexualismus und Medizin

Vor kurzem erregten verschiedene Fälle Aufsehen, in denen Menschen von bisexueller Konstitution entweder in ihrem rechtlichen Verhalten oder sogar durch operativen medizinischen Eingriff ihr Geschlecht wechselten. In der amerikanischen Zeitschrift „The Catholic Nurse“ hat der Moralthologe der Katholischen Universität von Amerika, Francis J. Connell, die Frage untersucht, ob Eingriffe dieser Art, d. h. Operationen, die die bisexuelle Naturanlage zugunsten des vorherrschenden Geschlechtes korrigieren, sittlich erlaubt seien.

Connell bejaht diese Frage. Eine solche Operation sei geeignet, den Patienten zu einem „natürlicheren menschlichen Wesen“ zu machen. Bei der Bisexualität sei eines der beiden Geschlechter vorherrschend, auch wenn körperliche Merkmale des anderen vorhanden sind. Die davon betroffene Person gehöre also einem bestimmten Geschlechte an, und es sei, vorbehaltlich ernster Gefahren für Leben und Gesundheit, sittlich erlaubt, die Züge des anderen Geschlechtes zu eliminieren.

Der amerikanische Arbeitsminister über „Rerum Novarum“ Der amerikanische Staatssekretär für Arbeit Martin P. Durkin, das einzige katholische Mitglied der Regierung Eisenhowers, der früher viele Jahre an führender Stelle in der Gewerkschaftsbewegung stand, richtete gelegentlich eines akademischen Empfanges an Arbeitnehmer und Unternehmer den dringenden Aufruf, im Sinne der Gerechtigkeit untereinander einig zu werden. Bei dieser Gelegenheit sagte er über die Enzyklika Rerum Novarum des Papstes Leo XIII.:

„Ich kann Ihnen nicht mit den Erfahrungen von Philosophen oder Geistlichen oder Akademikern aufwarten. Aber ich kann sprechen als ein Lohnempfänger, der ein ganzes Leben lang praktisch sein Brot verdienen mußte. Als Ergebnis meiner eigenen Erfahrung in der Arbeitswelt weiß ich, daß es nicht die Stärke des Kommunismus ist, gegen die wir auf der Hut sein müssen, sondern die Schwäche unseres eigenen Glaubens an die christlichen Grundsätze.“ Der Kommunismus könne am ehesten durch eine positive Annäherung an die Grundsätze zur Strecke gebracht werden, die Leo XIII. in seinem „christlichen Manifest Rerum Novarum“ niedergelegt hat.

„Dies ist“, so fuhr der Minister fort, „keine leichte Aufgabe, aber ihr Lohn ist groß. Es ist die Aufgabe, die *Reum Novarum* der Menschheit vor Augen stellt als den Weg zu ihrer wirtschaftlichen und geistigen Gesundheit. Der andere Weg führt unvermeidlich zu sozialer Unruhe, Mißtrauen und Elend. Er führt unvermeidlich zu dem wahrhaftigen Chaos, das heute unter dem Namen Kommunismus sich ereignet.“

Aus den Missionen

Die Ausbreitung der katholischen Kirche in Nordindien. Missionsgebetsintention für Mai 1953

Während man vor der Teilung Indiens gerne von einem Nordindien sprach, in dem Islam und Hinduismus einander kämpfend gegenüberstanden, muß man nach der Herauslösung der beiden Teile

von Pakistan das derzeitige Nordindien als ein vom Hinduismus geprägtes Land bezeichnen, wenn hier auch noch beachtliche nichthinduistische Minoritäten vorhanden sind.

Die überwältigende Mehrzahl der Katholiken Nordindiens, sicher 90—95 Prozent, gehört den Ureinwohnern, Kastenlosen, Bergvölkern an, die inmitten oder am Rande der straff organisierten Hindugesellschaft leben. Ihre Gesamtzahl beträgt in dem Gebiet nördlich der Linie Bombay—Vizagapatam etwa 570 000. Ein Katholik kommt hier auf 300 Einwohner, ein Priester auf 200 000 Nichtkatholiken. Das an Zahl der Christen und an Vitalität bedeutendste Element der Kirche Nordindiens sind die 400 000 Katholiken der Diözesen Ranchi, Sambalpur und Raigarh-Ampikapur in der Provinz Bihar und den anliegenden Bezirken. Obwohl in den letzten Jahren eine Anzahl neuer Sprengel in Nordindien geschaffen wurde, ist der Umfang dieser Diözesen im Vergleich zum katholikenreicheren Süden enorm. Auch die Schulen, Seminarien, Krankenhäuser sind hier außerordentlich selten, wenn man von der großen Ureinwohner-Mission im Ranchi-Gebiet absieht. Der ausländische Klerus war in der englischen Zeit in Nordindien weitgehend durch Europäer- und Soldatenseelsorge gebunden. Der geringe einheimische Klerus kommt hauptsächlich aus den alten katholischen Gebieten in Südindien. Fünf der nördlichen Diözesen haben jetzt indische Bischöfe. Der einzige von ihnen, der im eigentlichen Sinne in Nordindien einheimisch ist, gehört dem Stamme der Uraons an: Bischof Nikolaus Kujur von Ranchi. Den Ureinwohnern der Diözese Ranchi hat die belgische Jesuitenmission in 70 Jahren dank der sozialen Pioniertätigkeit des belgischen P. Lievens und des deutschen P. Hoffmann sowie einer mit bewundernswertem Weitblick aufgebauten, bis zur Universität fortgeführten Schulpyramide einen phänomenalen Aufstieg ermöglicht. Die Ranchi-Mission ist heute in der ganzen katholischen Missionswelt neben dem Werk der Mariannahiller Mission in Südafrika wohl das hervorragendste Beispiel einer Missionsmethode, welche die sozial-wirtschaftliche Sanierung eines Kulturbodens zur Grundlage für den intellektuellen und religiös-sittlichen Aufstieg gemacht hat.

Nordindien ist die Hochburg des Hinduismus, der in Benares sein religiöses und geistiges Kraftzentrum hat. Zugleich befindet sich im Norden die Hauptstadt von Indien, Neu-Delhi. Damit ist die Bedeutung Nordindiens genügend gekennzeichnet.

Die Mission an den Grenzen Zentralasiens

Angesichts der diamantharten und zugleich elastisch weichen Widerstandskraft des Hinduismus suchte und sucht die Mission in Nordindien vor allem Erfolge bei den Ureinwohnern und Kastenlosen, aber auch bei den Bergvölkern an den gebirgigen Nordgrenzen Indiens. Besonders ins Auge fallen hier die zähen Apostolatsversuche der Salesianer Don Boscos im höchsten Nordosten, in *Assam*, einem Bergland, das durch die Schaffung Ostpakistans vom übrigen Indien stark abgedrängt erscheint. Die Salesianer haben durch ihr auf Hebung des Ackerbaus und der handwerklichen Fertigkeiten abgestelltes Erziehungssystem in den zwei Diözesen Assams eindrucksvoll zur sozialen Hebung der Bergbevölkerung beigetragen und stoßen zur Zeit weiter in das fast unzugängliche Gebiet an den Grenzen Bhutans vor, wo immer wieder auf primitiver Stufe stehende kleine Stämme mit erstaunlich reichen selbständigen Sprachen „entdeckt“ werden, denen unsere Ethnologen bisher kaum Aufmerksamkeit geschenkt haben. Jedemal müssen die Glaubensboten die einzelnen Sprachen erlernen, um überhaupt an diese isolierten Gruppen heranzukommen. Für die Mission ist weiter besonders wichtig der nordindische Bezirk um *Darjeeling*, wo für Handel und Verkehr der einzige Zugang zum südlichen Tibet offensteht. Von Darjeeling aus, wo im Westen kanadische und belgische Jesuiten und im Osten schweizerische Regularkanoniker der Abtei St. Maurice tätig sind, wird auch das bisher der Mission gänzlich verschlossene unabhängige Königreich *Sikkim* einmal dem Christentum sich öffnen.

Die Jesuiten von Patna kamen durch Nepalesen, die in Nordindien studierten, mit der Regierung des zwischen Indien und Tibet liegenden *Nepal* in Verbindung, nachdem dieses Land sich nach einer Revolution im Jahre 1951 dem Verkehr mit dem Ausland erschloß. Es wohnen dort 7 Millionen Menschen mongolisch-tibetanischen oder indischen Ursprungs. Unzugängliche Berge und Sumpfgebiete sperren das 700 km lange und 200 km breite Gebiet weitgehend von Indien ab. Im Flugzeug kamen amerikanische Jesuiten in einer Stunde Flugzeit nach Katmandu, der Hauptstadt, und gründeten mit Hilfe der Regierung ein Aufbaukolleg, das in den nächsten Jahren bis zur High School-Reife führen wird. So kam vor 2 Jahren die katholische Mission der Neuzeit wieder in ein Land, in dem im 18. Jahrhundert Kapuziner 50 Jahre lang eine Station unterhalten hatten, das sich aber dann den Europäern wieder verschloß. Bis 1951 war der britische Resident in Katmandu, einer Stadt von 100 000 Einwohnern, der einzige Europäer in Nepal. Da aber die Bevölkerung sich zum Hinduismus mit stark buddhistischem Einschlag bekennt, ist mit großen Bekehrungsziffern hier vorläufig nicht zu rechnen.

Wandern wir weiter den indischen Nordgrenzen entlang, so stoßen wir auf das zwischen Pakistan und Indien strittige Kaschmir, in dem der Apostolische Stuhl jüngst eine von Pakistan losgelöste Apostolische Präfektur unter Leitung eines englischen Mill-Hiller-Missionars errichtete. Solange die politischen Verhältnisse dort ungeklärt sind, ist an eine vorwärtsschreitende Missionsaktion nicht zu denken.

Viele Jahrhunderte hat sich Indien um alle diese Gebiete nicht viel bekümmert. Als Nehru im Vorjahr die Grenzprovinzen bereiste, machte dieses Werk der christlichen Missionen auf ihn tiefen Eindruck. In einer Rede in

Delhi pries er das zivilisatorische Wirken der Missionen unter den Bergvölkern, meinte aber, man habe sie europäisiert, statt sie zu Indern zu machen. Wer die geistige Lage der Mission in Britisch-Indien kennt, wird diesem Urteil einige Berechtigung nicht abstreiten. War doch im 19. Jahrhundert bis in die Anfänge des 20. hinein die Mission vom Europäismus überschattet, an dem man mit Zustimmung besonders der Padroadochristen in Indien mit besonderer Zähigkeit festhielt, um einen kulturellen Damm gegen den indischen Synkretismus aufzurichten. Dennoch hat die Mission, wie der Bischof von Shillong (Assam) richtigstellend zu den Ausführungen von Nehru erklärte, gerade bei den Ureinwohnern und Bergvölkern sich stets bemüht, alles wertvolle einheimische Kulturgut einschließlich des Brauchtums und der Tänze zu erhalten. Das Abtreten der Europäer von der Bühne des kulturellen Lebens in Indien hat natürlich auch für die Missionsmethoden unter den Nicht-Hindus tiefgreifende Folgen. Die Ureinwohner und Bergvölker müssen der Gesamtkultur des neuen Indiens eingegliedert werden.

Die Anpassung an die indische Kultur

Das Kreuz der indischen Mission, besonders jener im Norden, bleibt der Hinduismus. Aber die Sorge um Aufsaugung vom religiösen Synkretismus kann unter den gegenwärtigen Umständen die Mission nicht davon abhalten, resolut die Anpassung an alle assimilierbaren Werte der indischen Kultur zu versuchen. Auf dem Wege zu dieser Anpassung ist nach dem Zeugnis des einheimischen Bischofs Raymond von Allahabad in den letzten fünf Jahren derart viel geschehen, daß sich Außenstehende davon kein Bild zu machen vermögen. Die Leitung dieser Anpassung liegt vor allem bei den heute 30 einheimischen Bischöfen Indiens. Die Bischöfe der Propaganda-Gebiete sind alle noch in den englischen Traditionen groß geworden. Ihnen fehlt auch eine genügende Kenntnis des Sanskrit. Die einheimische Hierarchie von heute weiß, daß nur sie die Richtung der Entwicklung bestimmen kann. Der langwierige und schwierige Prozeß der Einbürgerung des Christentums in die indische Kultur wird erst von kommenden Bischofsgenerationen zu Ende geführt werden können.

Eine ganz dringende und sofort zu befriedigende Notwendigkeit ist aber die Schaffung einer katholischen Literatur in Hindi, der Landessprache des neuen Indien, die auch da, wo eine andere Sprache gesprochen wird, heute auf jeden Fall als zweite Landessprache gepflegt werden muß. Für Nordindien, wo das Hindi stärkstens verbreitet ist, stellt sich die Aufgabe mit besonderer Dringlichkeit. In den Schulen niederen Grades systematisch gelehrt, verdrängt das Hindi sehr schnell das Englische. Selbst auf den High Schools in Nordindien wird das Englische kaum noch verstanden. Es bewahrt zur Zeit noch mühsam seine Stellung an den Universitäten, wo man sich fieberhaft bemüht, die bisher unentbehrlichen technischen Ausdrücke der westlichen Zivilisation in Hindi wiederzugeben.

Angesichts dieser Lage und des allgemeinen Fortschritts in der Verbreitung der Schulbildung wird in wenigen Jahren eine Bevölkerung von 100 Millionen Menschen ohne katholische Literatur sein, wenn diese nicht in Hindi zugänglich gemacht wird. Die gebildeten Hindukreise sind gar nicht abgeneigt, christliche Literatur zu lesen, wenigstens aus Neugierde. Dazu kommt, daß auch anglikanische und protestantische Christen in Nordindien in wachsender

Zahl nach katholischen Büchern greifen. Und wie soll die Kirche den einheimischen Brüdern und Schwestern der religiösen Kongregationen geistige und geistliche Kost bieten, wenn sie keine katholische Literatur in Hindi besitzt? Wie sollen katholische Prinzipien über Moral, besonders über christliche Gesellschaftsethik verbreitet werden, wenn die sprachlichen Verständigungsmittel fehlen?

Ein bedauerlicher Mangel

Unglücklicherweise besitzt die katholische Kirche erst eine ganz bescheidene Literatur in Hindi. Von der Heiligen Schrift wurden vor 21 Jahren die 4 Evangelien und die Apostelgeschichte übersetzt, aber diese Ausgaben sind sprachlich nicht mehr auf der Höhe. Man hat jetzt beschleunigt eine Neuauflage veranstaltet, die wohl schon käuflich sein wird. Die meisten der wenigen katholischen Druckereien Nordindiens können nicht in Hindiletttern drucken. Was überhaupt an katholischer Hindi-Literatur vorhanden ist, beschränkt sich auf Katechismen, Gebetbücher und erbauliche Kleinschriften. Ein Sonntagsmissale in Hindi ist jüngst erschienen.

Im ganzen Norden gibt es überhaupt keine katholische Tageszeitung, aber wohl eine Wochenzeitung in Hindi. Die Steyler Missionare in Indore sind eifrig tätig, um eine volkstümliche katholische Hindi-Literatur zu schaffen, desgleichen die Jesuiten von Patna. In Ranchi wurde jüngst Wisemans „Fabiola“ in Hindi gedruckt. Der Absatz des Buches war ausgezeichnet. Im Jahre 1951 wurde unter Leitung des einheimischen Bischofs Raymond von Allahabad eine interdiözesane katholische Organisation für Hindi-Literatur geschaffen, die sich der dreifachen Aufgabe widmet, geeignete Schriftsteller zu suchen, die in Hindi schreiben können, den Ausstoß von Literatur in Hindi zu verstärken und eine einheitliche Hindi-Terminologie der christlichen Begriffe im ganzen Lande zu schaffen.

Nur mit einer Hindi-Literatur kann die Kirche auch in die sozialen Probleme Nordindiens eingreifen, das so nahe der geistigen und auch physischen Invasion des Kommunismus ist.

Ein Dampfer brachte im Vorjahr 90 Tonnen Literatur von Moskau, die für Delhi bestimmt war und als Sendung für die sowjetische Botschaft jeder Kontrolle entzogen wurde. Die Werke von Marx und Engels sind in billigen Volksausgaben (in Hindi!) von den Kommunisten auf den Markt gebracht worden, aber einen Wegweiser durch die Sozialenzyklopen der Päpste in der Landessprache haben wir noch nicht! Das Sozialproblem verschärft sich durch die Industrialisierung. Die Industriestädte wachsen. Kalkutta hat heute 4 Millionen Einwohner, und in Nordindien befinden sich die Tata-Werke, eines der größten Zentren der Stahlproduktion in der Welt. Jamshedpur mit seinen kilometerlangen Fabrikhallen, seinen Hochöfen und dem Masseneinsatz vom Lande herbeigeholter Arbeiter kann sich mit Essen, Pittsburg, Sheffield, St. Etienne messen. Die soziale Betreuung der Arbeitermassen, die aus naturhaftem, gleichmäßigem Landleben in die Rastlosigkeit, die gekünstelten und entnervenden Formen der modernen Industriezivilisation geworfen werden, steht noch in den Anfängen. Die Jesuiten haben in Jamshedpur ein Institut für soziale Arbeitsbeziehungen gegründet, um die katholische Soziallehre an dieses nordindische Krisenzentrum heranzuführen.

Ärztliche Möglichkeiten

Da der Hinduismus die Werke leiblicher Barmherzigkeit gerne auch von Nihthindus annimmt, bestehen in Nordindien große Möglichkeiten für den missionsärztlichen Einsatz, die katholischerseits leider nicht genutzt werden können, weil es an katholischen Ärzten, Pflegerinnen und Hebammen fehlt. Gerade hat die Gründerin der Katholischen Missionsärztlichen Schwestern von Philadelphia, Anna Dengel, der amerikanischen Öffentlichkeit die Notwendigkeit eines katholischen Medizinischen Kollegs für Indien vor Augen geführt. Ohne dieses Kolleg, das wohl 2 Millionen Dollar kosten wird, wird es bald in Indien kaum noch katholische Ärzte geben, deren Berufsethik von den Grundsätzen der Kirche normiert ist.

Gerade in Nordindien, wo vielleicht ein Arzt auf 6300, eine Pflegerin auf 43 000 Leute und eine ausgebildete Hebamme auf 60 000 Geburten kommt, bildet die schlechte gesundheitliche Betreuung eine der Wurzeln für mögliche soziale Revolutionen. Die Kommunisten haben bei den letzten Wahlen gerade diese Seite des indischen Sozialdramas besonders hervorgehoben und auf die Leiter, die als Symbol des sozialen Aufstiegs alle Plakate zierte, Hammer und Sichel gemalt, unter Hinweis darauf, daß der Westen nichts zur Behebung des Elends tue.

Gefallene Schranken

Einige halbunabhängige Fürstenstaaten Nordindiens sperrten vor der Unabhängigkeitserklärung Indiens dem Katholizismus den Zutritt zu ihren Gebieten. Die neue Verfassung hob die territorialen Beschränkungen für religiöse Werbung auf und gab damit theoretisch auch dem Christentum den Weg in die gesperrten Fürstenstaaten frei. Praktisch bedurfte es noch eines beharrlichen Druckes der Zentralregierung, um dem Gesetz Geltung zu verschaffen. In einem dieser Staaten, Udaipur, bildeten sich um 1935 Gruppen von mehreren tausend Katechumenen aus der Gruppe der Ureinwohner und führten bei heftiger Verfolgung einen mehr als zehnjährigen Kampf um die religiöse Freiheit. Priestern war viele Jahre der Zutritt zu den Christen verboten, später nur unter schikanösen Ausnahmebestimmungen gestattet. Die isolierte Christengruppe hat sich hauptsächlich durch Laien-Selbsthilfe zu einer Gemeinde von über 8000 entwickelt.

Um an den Hinduismus heranzukommen, haben zwei Jesuiten (ein Inder und ein Belgier) in den letzten Jahren versucht, als indische Bettelmönche mitten unter der Landbevölkerung zu leben und sich den Lebensgewohnheiten dieser Sannyasi oder Sadhu völlig anzupassen. Obwohl die indische Bischofskonferenz solche Versuche jetzt grundsätzlich für alle Diözesen gebilligt hat, sie freilich auf besonders geprüfte Ausnahmefälle beschränkt, ist es doch zweifelhaft, ob diese Methode weiter verfolgt wird.

Daß aber die katholische Kirche ins öffentliche Leben des neuen Indien eindringt, zeigen am besten drei Tatsachen. Am Sitze der Regierung, in Neu-Delhi, übernahmen die Jesuiten aus der Hand eben dieser Regierung ein Zentral-Universitätskolleg. Ein von amerikanischen Katholiken und der Regierung zusammen finanziertes katholisches Krankenhaus konnte in Indiens Hauptstadt eröffnet werden. Wenige Kilometer von der heiligen Stadt Benares am Ganges entfernt, besteht seit 9 Jahren das Zentrum einer Missionsgesellschaft indischer Priester, das den Namen Krist-Nagar (= Christusstadt) trägt. Es ist kenntlich durch ein Kreuz, das das Eingangstor überragt.

Religiöse Wetterzeichen in Südafrika?

„The Southern Cross“, das katholische Wochenblatt in Kapstadt, veröffentlichte kurz vor den Wahlen einen Appell an die Nationalistische Partei Malans, sich von gewissen Vorschlägen zur Diskriminierung der Katholischen Kirche zu distanzieren.

Im Jahre 1949 hatte die Partei ein Komitee eingesetzt, um die „römische Gefahr“ zu studieren. Vor längerer Zeit veröffentlichte ein Mitglied dieses Komitees eine Flugschrift, die verschiedene Vorschläge zur Eindämmung dieser „Gefahr“ machte, und vor kurzem griff das Organ der Niederländischen Reformierten Kirche in Südafrika, in der Ministerpräsident Malan vordem selbst als Pastor wirkte, diese Vorschläge wieder auf. Einer davon fordert ein Einwanderungsverbot für Katholiken, besonders für Priester, Schwestern und Lehrer, sowie ein Einfuhrverbot, Druckverbot und Verbreitungsverbot für „römische Propagandaliteratur“. Ein anderer will alle Schulen, Kranken- und Waisenhäuser der Regierung unterstellen und nach „protestantisch-christlichen Grundsätzen“ geführt wissen. Ferner wird vorgeschlagen, Katholiken, die sich Angriffe auf die Protestanten zuschulden kommen lassen, mit Deportation zu bestrafen. Ein solcher Angriff sei auch dann gegeben, wenn versucht werde, die Regierung oder das bestehende christliche Erziehungssystem zu unterhöhlen. Der Aufsatz macht auf den steigenden Einfluß des Katholizismus in Holland aufmerksam und stellt die Frage: „Ist nicht der Augenblick gekommen, die römische Aktion in unserem Vaterland aufzuhalten?“

„The Southern Cross“ weist darauf hin, daß die Katholische Kirche in Südafrika sich peinlicher parteipolitischer Neutralität befleißigt und daß auch die Regierung religiöse Neutralität versprochen habe, glaubt aber, es sei an der Zeit, daß die den Verfassern solcher Vorschläge nahestehende Partei sich von solchen diskriminatorischen Plänen distanzieren müßte.

Wir berichten über diesen Vorfall im Hinblick auf umgekehrte Vorgänge in katholischen Ländern. Wäre es nicht im Angesicht der Gefahr, die dem Christentum jeder Form in den überseeischen Kontinenten droht, wünschenswert, von beiden Seiten sich auf das eigene religiöse Zeugnis zu beschränken statt sich durch Diskriminierung anderer eine Position wahren zu wollen, die auf einem sehr fragwürdigen staatlichen Schutz aufgebaut ist?

Ökumenische Nachrichten

Landesbischof Lilje Der Landesbischof von Hannover, belehrt die Ökumene D. Hanns Lilje, ein erfahrener Ökumenist, hat nicht erst auf der Weltkirchenkonferenz von Amsterdam und in Lund eine bedeutende Rolle gespielt. Als der neue Präsident des Lutherischen Weltbundes wird er auch für die Zukunft wichtige Führungsaufgaben zu lösen haben. Er hat nun ein eigenes Votum über den gegenwärtigen Stand der Ökumenischen Bewegung veröffentlicht (Theol. Lit. Zeitung 78. Jhg. Nr. 2 vom Februar 1953, Sp. 65—74). Wir gehen ausführlich darauf ein, nicht, weil er in einer längeren Anmerkung in einigen Personalfragen unseren Bericht über Lund bemängelt (vgl. unsere Berichtigung 7. Jhg., S. 140 ff. und S. 211) und in unserer Behandlung der Lutherischen Weltbundstagung zu Hannover die positiven Urteile vermißt (wir hatten